



ZWANZIG JAHRE ZWEITE REPUBLIK

WIEN 1965

DRUCK DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI

Festsitzung

des Nationalrates und des Bundesrates der Republik Österreich

aus Anlaß der 20. Wiederkehr des Tages der Befreiung Österreichs

am 27. April 1965

Aus Anlaß der 20. Wiederkehr des Tages der Befreiung Österreichs traten am 27. April 1965 die Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates zu einer gemeinsamen Festsitzung zusammen.

Der große Sitzungssaal des ehemaligen Abgeordnetenhauses war festlich geschmückt. Die Stirnseite des Saales zierte das Wappen der Republik auf rot-weiß-rotem Grunde.

Die Plätze in den vorderen Bankreihen nahmen die Abgeordneten zum Nationalrat und die Mitglieder des Bundesrates ein; dahinter saßen ehemalige Abgeordnete, Bundesräte, Bundesminister und Staatssekretäre aus der Zeit seit 1945, Landeshauptleute und Mitglieder der Landesregierungen, Landtagspräsidenten, die Präsidenten der obersten Gerichtshöfe, der Präsident des Rechnungshofes, Rektoren von Hochschulen sowie Vertreter der hohen Beamschaft der Zentralstellen. Beide Galerien waren dicht besetzt.

Die Mitglieder der Bundesregierung nahmen auf der Regierungsbank Platz.

Punkt 10 Uhr betreten der die Funktionen des Bundespräsidenten ausübende Bundeskanzler Dr. Klaus, geleitet von dem Präsidenten des Nationalrates und der Vorsitzenden des Bundesrates, und Vizekanzler DDr. Pittermann, geleitet vom Zweiten und Dritten Präsidenten des Nationalrates und von den beiden Vorsitzenden-Stellvertretern des Bundesrates, den Sitzungssaal, während der Wiener Trompeterchor eine Bruckner-Fanfare zum Vortrag bringt.

Der Bundeskanzler und der Vizekanzler nehmen ihre Plätze auf der Regierungsbank ein. Nationalratspräsident Dr. Maleta begibt sich auf die Präsidentenestrade. Neben ihm nehmen die Vorsitzende des Bundesrates Helene Tschitschko und der Zweite Präsident des Nationalrates Dipl.-Ing. Waldbrunner, weiters der Dritte Präsident des Nationalrates Wallner sowie die Vorsitzenden-Stellvertreter des Bundesrates, Eckert und Skritek, und Parlamentsdirektor Dr. Rosiczyk ihre Plätze ein.

Sodann ergreift

Nationalratspräsident Dr. Maleta,

der den Vorsitz führt, das Wort zur Festrede. Er erklärt zunächst:

Die gemeinsame Festsitzung der Abgeordneten zum Nationalrat und der Mitglieder des Bundesrates ist eröffnet.

Ich begrüße zunächst herzlich den mit den Funktionen des Bundespräsidenten betrauten Herrn Bundeskanzler (*Beifall*), sodann die Bundesregierung, an ihrer Spitze Herrn Vizekanzler Dr. Pittermann. (*Neuerlicher Beifall*.)

Mein Willkommgruß gilt ferner Ihnen allen, meine Damen und Herren, insbesondere den ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung und den ehemaligen Mitgliedern des Nationalrates und des Bundesrates, die unserer heutigen festlichen Sitzung beiwohnen. (*Beifall*.)

Heute vor 20 Jahren schlug die Geburtsstunde der Zweiten Republik. Dieses Tages zu gedenken, sind wir hier versammelt, denn an ihm erwies sich, daß in der tausendjährigen Geschichte Österreichs der Verlust unserer staatlichen Existenz in dem für tausend Jahre geplanten Dritten Reich nur eine kurze geschichtliche Episode war. Dem Festredner aber bieten sich für die Gestaltung seiner Rede viele Möglichkeiten. Er könnte eine Aufzählung historischer Ereignisse versuchen, die jedoch hinlänglich bekannt sind. Er könnte für die allzu Vergeßlichen eine Fülle großartiger Leistungen von Regierung und Parlament aufzählen, die den Weg Österreichs aus dem totalen Chaos des Jahres 1945 bis zur heutigen Feierstunde eindrucksvoll markieren. Allerdings: einige entscheidende Tatsachen werden in Erinnerung zu rufen sein, weil sie nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Aber eigentlich möchte ich alle jene Kritiker bewußt enttäuschen, die anlässlich der bevorstehenden Jubiläumsfeiern eine öde Selbstbeweihräucherung der Politiker voreilig prophezeiten. Meine Rede wird deshalb eine politische Analyse sein — nötig gerade jetzt, angesichts der jüngsten Ereignisse, bei denen ein Todesopfer zu beklagen war —, eine Auseinandersetzung mit dem sogenannten Unbehagen an unserer Innenpolitik, von dem so viel geschrieben wird, sowie dem angeblich Unbewältigten aus unserer Vergangenheit; denn tatsächlich, was nützten uns auf die Dauer sozial- und wirtschaftspolitische Erfolge, wenn der ganze glänzende materielle Überbau auf einem brüchigen Fundament ruhen würde!

Wir müssen den übeln Dunst von Schlagworten entnebeln, zu Unrecht verschobene Gewichte rückverschieben, um echte Perspektiven zu gewinnen. Welches Forum wäre hiezu geeigneter als das Parlament? Erwarten Sie daher keine ölglatte Festtagsrede, sondern eine Rede, die das ausspricht, was im gemeinsamen Staatsinteresse ausgesprochen werden muß. Eine solche Analyse erfordert den Mut zur Selbtkritik. Wir Abgeordnete wollen diese üben, weil wir uns mitschuldig fühlen an manchen Versäumnissen der Vergangenheit; wir üben sie aber auch deshalb, weil Selbtkritik diesem Hohen Hause die moralische Autorität zur Kritik an anderen gibt, die ebensowenig verschwiegen werden darf. Denn nicht nur Politiker und Parteien haben meinungsformende Kraft, erzeugen oder entkräften das öffentliche Unbehagen an der Politik, sind mitverantwortlich für die Bewältigung der Vergangenheit, sondern auch die modernen Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen; sie alle, wir alle können Hochstimmung und Mißstimmung des Volkes, vor allem der unerfahrenen Jugend, hinauf- und hinunterspielen, ein staatliches Fundament zersetzen oder festigen. Die Freiheit des Wortes verlangt nun einmal die Zensur durch das eigene Gewissen. Gerade ein mutiges Bekenntnis wird aber auch die Erfolge der letzten 20 Jahre noch viel eindrucksvoller als echte Erfolge und nicht als Potemkinsche Dörfer sichtbar werden lassen.

Nun zu den Fakten, die nie vergessen werden dürfen! Am 27. April 1945 hatten die Vorstände von politischen Parteien den staatsgründenden Akt gesetzt, ohne Gesetz und Auftrag, denn noch gab es keinen Staat, in dessen Rechtsordnung eine Gesetzwerdung juristisch vorgesehen war. Dies war nur möglich, weil die heute viel gelästerten politischen Parteien nicht neben dem Volk agierten, gleichsam als Schauspieler auf einer Bühne vor einem satten, uninteressierten Zuschauerraum, sondern weil sie selbst identisch waren und sind mit den tragenden traditionellen politischen Kräften dieses Landes. Politische Tarockpartien können vielleicht geistreich kritisieren, aber nicht aus dem Chaos einen Staat begründen.

Es waren Männer der christlichen Demokratie und der sozialistischen Bewegung, die als überzeugte Österreicher mit einer unbändigen Entschlossenheit, mit persönlichem Mut und Idealismus dieses Land und sein Volk aus dem furchtbaren Hitler-Erbe erretteten und in unsere glücklichere Gegenwart führten; Männer, deren Namen wir alle kennen, die wohl immer weniger wurden, deren Geist aber nicht mit ihrem leiblichen Tod erloschen darf, sondern für uns alle ein verpflichtendes Erbe bleibt; ein Erbe, nicht Inhalt für Festtagsphrasen, sondern Richtschnur für unsere künftigen politischen Aktivitäten. Diese Männer kamen fast ausschließlich aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen. Ohne sie wäre die Wiedererrichtung des Staates unmöglich gewesen, denn sie allein wurden von den mißtrauischen Besatzungsmächten zögernd akzeptiert. Wir alle erinnern uns des inneren Zornes, mit dem wir Dutzende Fragebögen mit hunderten Fragen ausfüllten, um zu beweisen, daß wir weder verkappte Nationalsozialisten, Faschisten und Reaktionäre noch verkappte Kommunisten seien. Viel Diplomatie, Klugheit, Fingerspitzengefühl erforderte dieses Wandel zwischen Scylla und Charybdis.

Diese Männer sicherten Österreich als einzigm Staate auf der Welt, der von West und Ost besetzt war, seine Einheit, die damals fragwürdig war; sie erkämpften die Freiheit für Volk und Vaterland, die bedroht war; sie erarbeiteten die Lebensfähigkeit dieses Staates, die damals von Verzweifelten und Kleingläubigen angezweifelt wurde; sie erwirkten einen Wohlstand, der damals nie erträumt wurde; sie erlangten für Österreich ein internationales Ansehen in der Welt, das die geschundene, gequälte, verfolgte, verspottete, in sich zerrissene Erste Republik

nie besaß. Diese Männer führten die Arbeiterschaft zur Mitverantwortung in diesem Staat und schenkten ihr das Gefühl der Gleichberechtigung und des Mitbestimmens; sie verwandelten hiedurch die sich bekämpfenden Klassen in Sozialpartner, die nicht auf der Straße, sondern am Verhandlungstisch verantwortungsbewußt über die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstandes und die Aufteilung des Sozialprodukts verhandeln. Diese Männer gaben Österreich den kulturpolitischen Frieden, der in der Ersten Republik noch völlig unvorstellbar war. Das alles müßten Geschichtsprofessoren wissen und die Jugend lehren. (*Beifall.*)

Wir aber lassen uns das Haus, das wir gebaut haben, nicht in Brand stecken, weder von Irregeleiteten noch von Saboteuren, deren vielleicht einzige Entschuldigung ihre grenzenlose Unwissenheit und Dummheit ist; aber auch nicht von wohlmeinenden Verteidigern der Demokratie, wenn sie in ihrer berechtigten Erregung in der Auswahl ihrer Mittel zur Verteidigung der Freiheit gefährliche Auswirkungen des einen oder anderen Mittels nicht überprüfen sollten; und am wenigsten von Ratten, die aus den Kanälen steigen in der Hoffnung, daß in einer radikalierten Innenpolitik eine Rechnung aufgeht, die durch 20 Jahre nicht aufgegangen ist. Daher kann es keine Freiheit zur Beseitigung der Freiheit geben; das sind die Lehren der Ersten Republik. (*Beifall.*)

Ich möchte dies heute im Namen von Millionen Österreichern sagen, die in den Werkstätten, Fabrikshallen, auf den Äckern, in Lehrerstuben und Büros arbeiten oder bereits als Rentner und Pensionisten ihren wohlverdienten friedlichen Lebensabend genießen; im Namen des gesamten Volkes, das nicht will, daß durch einige Hunderte auf den Straßen Krauwallierender der geradezu groteske Eindruck in der Welt entsteht, als ob sich unser friedliebendes Volk in einer beginnenden Bürgerkriegspsychose gegenüberstünde. Das einfache Volk weiß, daß Bruderzwist zur Gefährdung der Einheit, Verlust der Freiheit, Absinken des Lebensstandards, Gefährdung des internationalen Ansehens führen würde.

Wie lassen sich nun angesichts aller dieser eindrucksvollen Tatsachen die jüngsten Ereignisse erklären? Denn offensichtlich sind doch emotionelle Kräfte aufgebrochen, die unter der Oberfläche schwelten. Hat Österreich tatsächlich durch das Versagen von Regierung und Parlament, wie manche Kritiker behaupten, seine Vergangenheit nicht bewältigt?

Hohes Haus! Unsere Vergangenheit ist weder bewältigt noch unbewältigt; aber wenn sie nicht in überwiegendem Ausmaße bewältigt wäre, säßen wir heute nicht friedlich hier in dieser Feierstunde. Geschichtliche Epochen enden und beginnen nicht mit einem fixen Kalenderdatum, vor dem etwas zur Gänze unbewältigt und ab dem etwas zur Gänze bewältigt ist. Historische Prozesse fließen in Übergängen, und daher kann es niemals eine Schlußbilanz, sondern immer nur Zwischenbilanzen geben. Aber diese zeigen, inwieweit eine Vergangenheit bewältigt ist, und ermöglichen somit Korrekturen des politischen Verhaltens, damit der Rest des Unbewältigten — und nur um einen solchen handelt es sich in Österreich — bewältigt werden kann.

Sicherlich können jederzeit, wie ich vor vielen Jahren in einer Grundsatzrede prophezeite, emotionelle Kräfte wirksam werden. Aber das, Hohes Haus, ist doch keine österreichische Spezialität, sondern eine Schicksalslast der Gegenwart, in der Staaten und Staatsformen, gesellschaftspolitische Leitbilder, soziale Denkweisen und Ideologien ständig in Umformung begriffen sind. Nicht nur wir Österreicher besitzen daher jeder irgendeine politische Vergangenheit, sondern auch in anderen Staaten der freien Welt haben die Staatsbürger verschiedene politische Vergangenheiten; und somit haben auch diese Staaten ihre unbewältigten Probleme, sogar ihre Bomben, Großstreiks und Attentate. Sicherlich, es gab bei uns ein Fußach; aber gab es nicht in der seit Jahrhunderten gereiften Schweizer Demokratie im Jura turbulente Ereignisse, die vorher unvorstellbar schienen? Aber würde deshalb irgendwer behaupten, daß die Schweizer Demokratie gefährdet sei? Sicherlich, bei uns gab es, erstmals nach 20 Jahren, Streiks; aber gab und gibt es nicht in anderen Staaten Streikunruhen von weitaus größerer Zeitdauer und Ausmaßen? Kann daher jemand behaupten, daß in Österreich der soziale Friede ernsthaft gefährdet sei? Sicherlich, bei uns zeigen sich Spuren einer neonazistischen Betätigung; aber spricht jemand in anderen Staaten von einer neofaschistischen Gefahr, obwohl dort sogar dem Programm nach neofaschistische Parteien existieren, mit Sitz im Parlament, während in Österreich eine echte neofaschistische Partei kaum irgendwo ein kümmerliches Gemeinderatsmandat erobern könnte?

Damit möchte ich keinesfalls die Ereignisse, die sich rings um den Fall Borodajkewycz abspielten, bagatellisieren. Es liegen in ihm nicht ungefährliche Ansatzpunkte, aber nur dann, wenn die beiden Großparteien Fehler machen würden. Der erste und größte dieser Fehler wäre eine Fehlbeurteilung der Wirklichkeit. Die Menschen, die vor 1938 dem nationalliberalen, später nationalsozialistischen Lager angehörten, bilden heute keine organisatorische, geschweige

denn politisch-ideologische Einheit. Die meisten von ihnen haben einen neuen geistigen und politischen Standort gefunden, eine neue wirtschaftliche und soziale Position. Auch sie wollen keine neonazistischen Abenteuer und haben ein Interesse an einem klaren Trennungsstrich. Identifizieren wir daher nicht alles, was nicht der eigenen Stammwählerschaft entstammt oder in irgendwelchen neutralen Organisationen tätig ist, automatisch mit Neonazismus! Es können nicht alle Staatsbürger christliche Demokraten oder Sozialisten sein, aber fest steht, was sie nicht sein dürfen, nämlich Bazillenträger neonazistischen Gedankengutes. (*Beifall.*) Ziehen wir daher einen klaren Trennungsstrich, greifen wir künftig dort energisch zu, wo es nötig ist, aber werfen wir nicht in einen Topf, was nicht in einem Topf sein will, weil wir sonst selbst groteskerweise die unfreiwilligen Organisatoren einer gegen uns gerichteten politischen Kraft würden, die heute keine ist.

Der Rechtsstaat kennt gleichberechtigte Staatsbürger; daher gab es Amnestien, Vereinszulassungen, Vermögensrückgaben, letztlich die Einbeziehung der ehemaligen Nationalsozialisten in die demokratische Gemeinschaft. Wir pardonierten Menschen, aber wir akzeptierten nicht das Geschichtsbild der nationalsozialistischen Vergangenheit. (*Beifall.*) Seien wir uns überhaupt bewußt, daß sämtliche Geschichtsbilder der Vergangenheit, die durch Jahrzehnte, ja Jahrhunderte im deutschsprachigen Raum politische Formkraft hatten, im Atomzeitalter zur Irrealität geworden sind; selbst dann, wenn sie da und dort in einem verwirrten Geist noch herumspuken mögen. In unserer Zeit, in der die Kontinente zu politischen Begriffen wurden, die politische Welt in Ost und West zerfällt, ist die Vergangenheit ein Traum, vielleicht ein Märchen, sind großdeutsche, kleindeutsche, großösterreichische Geschichtsbilder keine politische Wirklichkeit, sondern nur mehr Gegenstand historischer Betrachtungen. Damit haftet auch der Auseinandersetzung, ob wir Österreicher denn Deutsche oder eine eigene österreichische Nation seien, etwas Unwirkliches, Gespensterhaftes an. Wir Österreicher fühlen uns bewußt als Staatsvolk, dessen Mehrheit deutscher Zunge ein ethnischer, kultureller, historischer, auf keinen Fall jedoch ein politischer Begriff ist.

Mit seiner Entschließung vom 31. März 1965 hat der Nationalrat eine Tat gesetzt und den notwendigen Trennungsstrich gezogen. Er wünscht von der Regierung die Unterbindung alles dessen, was Österreichs Eigenstaatlichkeit, Ansehen und demokratische Lebensform gefährden könnte.

Ich kann mir nicht denken, daß bei dieser Beschußfassung etwa die ÖVP-Abgeordneten dabei nur den SPÖ-Innenminister meinten und die SPÖ-Abgeordneten nur den ÖVP-Unterrichtsminister; ich bin vielmehr davon überzeugt, daß die demokratischen Abgeordneten dieses Hauses künftig Unterlassungen vermieden und Handlungen gesetzt haben wollen, egal, welcher Minister hiefür zuständig ist. (*Beifall.*) Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß die FPÖ-Abgeordneten sich deshalb der Zustimmung zur Resolution entzogen, weil sie die Mehrheit ihrer Wähler noch immer einem alten Geschichtsbild verpflichtet glauben.

Die Schlußfolgerungen aus all dem Gesagten ergeben sich von selbst. Wir Abgeordnete und Politiker sind zwar nicht die engstirnigen Sesselkleber, Streithähne und Dummköpfe, wie des öfteren gelesen werden kann; aber vielleicht waren wir wirklich da und dort betriebsblind, haben wir gefehlt durch Duldung und Unterlassung, haben mit Rücksichtnahme auf bevorstehende Wahlen uns gescheut, schwierige Probleme anzufassen. Vielleicht hat insbesondere die Tatsache, daß die Koalitionsparteien über die Ereignisse des Jahres 1934 keine einheitliche Auffassung besitzen, dazu beigetragen, daß die Lehrer in den Schulen die jüngste Zeitgeschichte mieden. Versuchen wir hier gründliche Abhilfe zu schaffen; ringen wir um ein objektives Verhältnis zur Vergangenheit; beschwören wir nicht Bürgerkriegsgespenster; verlangen wir von allen Organisationen geistige Trennungsstriche zu Traditionen, die nicht österreichische sind; schweigen wir nicht vor Wahlen, auch wenn gesprochen und gehandelt werden müßte; und nicht zuletzt, Hohes Haus, vergessen wir niemals, daß es Kräfte gibt, die eine Radikalisierung des innenpolitischen Klimas brauchen!

Wenn wir Politiker Selbstkritik üben, wollen wir auch die Manager der Massenmedien eindringlich bitten, ihr Verhalten vor dem Fernsehschirm, in Rundfunk und Presse ebenso selbstkritisch zu überprüfen. Eine unerfahrene Jugend liest Zeitungen, hört Radio, sitzt vor dem Fernsehschirm; oftmals ist sie verwirrt, enttäuscht, entsetzt, weil ihr die Schulung und Voraussetzung fehlt, die dort gehörte und gelesene scharfe, ätzende Kritik auf ihr wahres Maß zurückzuführen. Eine entidealisierte Jugend aber ist anfällig für radikalen Seelenfang, denn nur im seelischen Leerraum nisten die Bazillen totalitärer Ideologien.

Wenn wir alle insgesamt in diesem Geiste an die Arbeit gehen, dann werden wir so wie in der Vergangenheit auch künftig alle Schwierigkeiten überwinden. Dieses Land und seine Menschen sind beseelt von einer tiefen Kraft. Wir alle lieben diesen Staat in seiner Vielfalt

der Bundesländer vom Bodensee bis Burgenland. Wer ist nicht stolz in Wien auf die Schönheiten und den Reichtum dieser Länder? Wer wüßte in Wien nicht, daß es allein nicht Österreich ist; und wer in den Ländern wüßte nicht in seinem Herzen, auch wenn seine Lippen den Wiener Zentralismus kritisieren, daß Österreich nicht wäre, was es ist, ohne seine in aller Welt berühmte Bundeshauptstadt Wien.

In diesem Saal sind als unsere Gäste die ausländischen Botschafter und Gesandten anwesend. Lassen Sie mich ein kurzes Wort an diese richten. Exzellenzen! Wenn wir Österreicher nörgeln, kritisieren, sogar manchmal das eigene Land vor dem Auge des Ausländers herabzusetzen scheinen, ziehen Sie trotz manchen Feldgeschreis der letzten Wochen keine falschen Schlüsse!

Unser Herz kennt nur eine Liebe, unsere Lippen flüstern nur ein Gebet: Wir lieben Dich, Vaterland, Österreich! (*Starker anhaltender Beifall.*)

Zum Ausklang der Feierstunde erklingt die Bundeshymne, vorgetragen vom Wiener Trompeterchor.

Präsident Dr. Maleta erklärt die Festsitzung um 10 Uhr 30 Minuten für geschlossen.